

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die verantwortl. Redakteur: Hermann Wolff in Berlin.
Verlag: Hermann Wolff in Berlin.

Verantwortl. Redakteur: Hermann Wolff in Berlin.
Verlag: Hermann Wolff in Berlin.

Die deutschen Gewerkschaften und die Washingtoner Konferenz.

Der internationale Gewerkschaftsbund für vorbehaltlose Zulassung der Deutschen.

Amsterdam, 10. Oktober. (W. Z. B.)
„Telegraf“ meldet: Nachdem bereits am Mittwoch eine Unterredung zwischen Vertretern des deutschen Gesandten in Haag und zwei Vertretern der deutschen Gewerkschaftsbewegung stattfand und Cudegeest als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsverbandes andererseits über die Teilnahme Deutschlands an der Washingtoner Konferenz Stellung genommen hatte, kam es gestern zu einer langen Besprechung zwischen dem deutschen Gesandten und den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Dabei stellte sich heraus, daß bezüglich der Möglichkeit der Teilnahme an der Washingtoner Konferenz verschiedene Mißverständnisse herrschen, die durch die Vertreter des Internationalen Bureaus aufgeklärt werden

konnten. Fimmen und Cudegeest erklärten in ihrer Eigenschaft als Sekretäre des Internationalen Bureaus, daß, falls Deutschland und Österreich an der Konferenz teilnehmen sollten, die Arbeitervertreter auf der Konferenz fordern würden, daß die Frage der Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder an die Spitze gestellt werde. Sollte diese Forderung nicht erfüllt werden, würden sich die Arbeitervertreter aller dem Internationalen Bunde angeschlossenen Länder, sofort von der Konferenz zurückziehen und einen Internationalen Gewerkschaftsbund einberufen, der neben und im Gegensatz zur Internationalen Konferenz liegen würde. Der Vertreter der deutschen Regierung erklärte anlässlich dieser Mitteilung, daß er der deutschen Regierung nachdrücklich raten werde, sich für die Teilnahme an der Washingtoner Konferenz zu entscheiden.

Somit sei bekannt, daß die Besprechungen im Haag von deutscher Seite der Reichspostminister Gieberts teilgenommen.

Kino, Kabarett und Wohnungsnot.

Don [Nachdruck verboten.]
Bruno Stümke.

Wir lesen heute über manches hinweg, das eigentlich unsere ganze Aufmerksamkeit verdienen. Ein höchstes Durchsehen der Tagesblätter soll uns über die Vorgänge des öffentlichen Lebens in seiner Gesamtheit unterrichten. Wir haben weder Zeit, mit gespanntem Gehör, noch Zeit, gründlich zu lesen. Nur erschaffen wollen wir, auf dem „laufenden“ bleiben sagen wir im allgemeinen. Und doch suchen wir Probleme zu lösen, die Probleme, die die Gegenwart uns stellt. Die sind aber von solchem Ausmaß, wie sie nie Menschen vor uns zu lösen hatten. Der Künstler hat alle politischen und wirtschaftlichen Fragen aufgestellt, und wenn wir ihrer nicht Herr werden, droht uns das Chaos. Wir kämpfen um Staatsform und Politik, um Steuern und Arbeiterrecht, um Reichswehr und Wohnungen. Alle diese Dinge suchen wir tiefgründig zu erfassen in dem Glauben, sie dann besser zu verstehen und ordnen zu können. An Habeseliges denken wir nur selten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei Praktisches fast nie ergriffen, aber, in dem Glauben, den künftigen Weg zu gehen, an Dinge rühren, die unsere Volkswirtschaft zerstören. Heute hierfür nur ein Beispiel: Zur Bekämpfung der Wohnungsnot soll, wie man weiß, auf einen Teil der Privatwohnungen Beschlag gelegt werden, und dann will man die Hotels zwingen und hat sie sogar gezwungen, ihre Räume den Wohnungsuchenden zur Verfügung zu stellen.

Die teilweise Enteignung der Privatwohnungen mag rein äußerlich genommen, die große Wohnungsnot zu einem Bruchteil mindern. Aber wie gering ist dieser Bruchteil, wie nichtig die Hilfe, die geboten wird, im Vergleich zu dem ideoellen Schaden, der entsteht. Es mag ein nachkommender Bevölkerung Zug darin sein, wenn es heißt, daß die Befürworter ihrer Wohnungen hergeben müssen, daß es gilt, mit den Bedürfnissen zu teilen. Das klingt sehr schön und wohlwollend, ist in Wirklichkeit aber gefährlich und verhängnisvoll. Das eigene Heim sollte auch dem Staate und seinen Angehörigen heilig sein. Der sollte nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, die rauhe Hand des Gesetzgebers dreinschlagen. Wenn der Bürger nicht mehr in seinem Heim sicher ist, wird er auffässig und greift zur Wehr, wenn es auch hier nur die Wehr der Lüge und des Betruges ist. Aber es ist wirklich nicht jedermanns Sache, seine Wohnung und Möbel mit Menschen zu teilen, deren Dasein einem vor dem Fremden zu stehen, sondern untergeordnet — man unterlasse das nicht — die Staatsrentabilität, denn schließlich ist der Hafer von Staat an allem schuld.

Aber man nimmt ja auch die Hotels! Gerade das ist mindestens mit den gleichen Gefahren verbunden. Ein Hotel in einer Großstadt ist schließlich keine Kuranstalt, sondern eine Erfindung, die die Notwendigkeit ergehen hat. Ein Hotel ist dem Wirtschaftsleben so nötig, wie die Großbahn. Da schreiben unsere Politiker und Volkswirtschaftler große Bücher darüber, wie unterer irgendein gerichteter Wirtschaft wieder zu helfen sei, sie halten lange Reden voller brauchbarer und unbrauchbarer Gedanken, und der Herr Wohnungskommissar macht ihre Werke durch das Gebot umschicht: die Hotels müssen zu Dauerwohnungen werden zur Verfügung stehen. Wer Handel treiben will, muß teilen, und kann man nicht mehr teilen (das weiß heute schon jeder nicht zu des Lebens Annehmlichkeiten geblieben), kann man auch nicht Handel treiben oder wenigstens nur in einem Maße, das vollständig ungenügend für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft ist. Die Herren, die für die Wohnungen der Wohnungssuchenden zu sorgen haben, sollten also auf andere Mittel sinnen, um ihrer Aufgabe Herr zu werden. Das aber sollte man ihnen verbieten, daß sie ohne Bedenken (sie geben zwar vor, sich bedacht zu haben) an Familie und Volkswohl denken. Wo es möglich ist, mag es nach äußerer Überlegung geschehen. Eine Frage gibt es eine ganz kleine große Wohnungen, die bequemer geteilt werden können, und die in einer für unsere heutigen Verhältnisse vollständig ungenügenden Weise belegt sind. An diesen darf man selbstverständlich nicht vorbeigehen. Aber man hüte sich davor, nach einem Schema zu verfahren.

Doch gehöhen in u h werden. Wie also ist zu helfen? Und das wiederhole ich: an Kästfliegendes denken wir in unserer Unrast selten. Freydenso las ich, daß allzu ein letzter Zeit 615, in Worten: sechs hundert und fünfzig in Neuanordnungen für Kinos in Berlin bei den zuständigen Stellen vorliegen. Der Fehler wird das noch nicht recht verstanden haben, datum wiederhole ich: es liegen bei den Behörden 615, in Worten: sechs hundert und fünfzig neue Gesuche um Konzessionen für Kinomatographische Theater vor! Ich glaube ja nun, daß fast alle diese Gesuchen mit der Begründung abgelehnt werden, daß foundwollend hunderttausend Familien ohne Obdach sind, und daß die für solche Unternehmungen gemieteten Räume daher sofort Wohnzwecken dienbar gemacht werden müssen. Ich stelle mir weiter vor, daß mindestens mit den gleichen Mitteln, die zur Verdrängung eines Kinos notwendig sind, diese Räume für Wohnzwecke umgebaut werden können. Diese Mittel wird selbstverständlich nicht der zukünftige Kinobesitzer bezwecken, sondern die müssen

Eine interalliierte Kommission für das Baltikum.

Die Antwortnote Jochs.

Paris, 10. Oktober. (Gabel.)
Der Oberste Rat prüfte die Antwortnote Jochs auf die deutsche Note über den Rückmarsch des Baltikums. Der Oberste Rat hat die letzten Zwischenfälle, wie sie dem Obersten Rat zur Kenntnis gebracht worden sind, Rechnung. Die Note, die unverzüglich abgehandelt und wahrheitsgemäß am Sonntag veröffentlicht werden wird, wird dem Reichstag mitteilen, daß die von der Entente vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ausführung gelangen, wenn Deutschland den Bescheid der Konferenz nicht folgt. Außerdem wird eine interalliierte Kommission an Ort und Stelle entsandt werden, um die Ausführung der Maßnahmen zu überwachen.

bereiche des deutschen Oberkommandos untersteht. General von Goltz hat an sämtliche Truppen ein befristetes Ultimatum gerichtet, das eine klare Stellungnahme der Truppen darüber verlangt, wie sie sich zu dem erhaltenden Bescheid wegen der Rückfahrt stellen. Dieses Ultimatum wurde auch der Abteilung Bischoff zugestellt, weiter an diejenigen der keine Beside erhalten, da sie, wie gesagt, dem deutschen Kommando nicht mehr untersteht.
In einigen Zeitungen wird getobt, daß in der Frage der Siedlungsansprüche, die Regierung nicht erlaubt habe, bekanntzugeben, daß den Soldaten von privater Seite Grundstücke zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt werden sollten. Dabei wird übersehen, daß die Entente auch dann von ihren Ansprüchen auf Abkündigung nicht zurücktreten würde, wenn es sich um private Siedlungen handelt. Was der letzte Staat würde Privatbesitzungen zu Siedlungszwecken nicht dulden. Zeitartige Besatzungen würden aber nur unheimlicher Krieger und Enttäuschungen unter den Soldaten zur Folge haben.

Der angebliche Vorstoß der deutschen Monarchisten gegen Petersburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Saag, 11. Oktober.
Der „Times“-Korrespondent in Sankt Petersburg sendet seinem Blatt folgende Mitteilung des Generals Maslowitsch: „Ich kehre soeben von der Ostsee zurück. Die Truppen des Generals von der Ostsee bereiten ihren Aufmarsch vor (3) und innerhalb 14 Tagen wird ihre Vorhut unter Oberst Beronow zum Angriff auf Pflon vorgehen. Sie wird vierzig Kilometer zu besetzen und nach Petersburg vorzurücken, um dort eine deutsche monarchistische Verwaltung einzurichten. Bitte diese Nachricht Warshaw Joch zu übergeben.“

Die Einnahme der Vorstädte Rigas durch die russische Westarmee.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Ruhig, 10. Oktober.
Über die Kämpfe zwischen Letten und Russen wird noch gemeldet: Nach schweren Kämpfen in Sumpfgelände vor Riga eroberten die Truppen des Obersten Kowalow die Vorstädte Rigas, stürmten Ljocensberg und besetzten die Dänowbrücken. Damit hat Kowalow sein vorläufiges Ziel erreicht, die Gegner gegen und hinter die Düna zurückzuwerfen, um eine geeignete militärische Operationslinie gegen das Sowjetregiment zu schaffen. Kowalow fordert erneut die Freigabe des Dardanelles für die Bolschewistenfront.
Wie zuverlässig vermeldet, marschieren starke ethnische Kolonnen von Segowid auf Riga. Gensio sollen Transportpanzer mit einflussigen Truppen an Bord auf dem Wege nach Wibau sein.

Die Antwortnote Jochs ist bisher nicht in Berlin eingetroffen, dagegen ist eine andere Note bereits in der Post, deren Veröffentlichung bald erfolgen dürfte. Wir warten ab, was Jochs und der Oberste Rat in Paris in ihrer Note über das Baltikum sagen werden, und berichten darauf, zu den Änderungen der Agence Gasas Stellung zu nehmen. Es scheint, daß die Entente sich nach wie vor auf den Standpunkt stellt, die bisherigen Maßnahmen der deutschen Regierung genügen nicht, und daß sie die deutsche Regierung für alles, was im Baltikum geschieht oder geschehen wird, verantwortlich machen will. Ein Unterschied zwischen der ersten Baltikumnote der Entente — der Note vom 29. September — und dem von der Agence Gasas angebotenen Inhalt der neuen Note könnte darin gefunden werden, daß die alliierten und assoziierten Regierungen am 29. September erklärten, sie würden „bis zu dem Zeitpunkt, wo sie feststellen haben, daß ihrem Gesuchen voll unterbreitet wurde bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Holzstoffen in Betracht ziehen“, während jetzt, Gasas zufolge, erklärt wird, diese Maßnahmen würden zur Ausführung gelangen, wenn Deutschland „den Bescheid der Konferenz nicht folgt leiste“. Ob die angekündigte Entsendung der interalliierten Kommission als ein teilweises Eingehen auf den deutschen Vorschlag, eine „internationale Kommission“ zu bilden, und gewissermaßen der Anfang dazu ist, oder ob diese Ankündigung den deutschen Vorschlag glatt ablehnt, wird sich erst sagen lassen, wenn der Text der Note bekanntgegeben sein wird.

Verhängung der „kleinen Blockade“ über den Stettiner Hafen.

Aus- und Einfahrt deutscher Schiffe unterbunden.
(Telegramm unseres Korrespondenten)
X Stettin, 11. Oktober.
Zeit heute morgen ist, wie die „Stettiner Abendpost“ aus dem Seegebiet meldet, über das Gebiet der Ostsee von Seiten der Entente die sogenannte kleine Blockade verhängt worden. Deutsche Schiffe dürfen weder die Häfen verlassen noch anlaufen. Die Entente nimmt das Recht für sich in Anspruch, die auch in See befindlichen Schiffe zu beschlagnahmen. Nach einem Londoner Telegramm, das den in Frage kommenden Zeitungen bekanntgegeben wurde, hängt die neuerliche Maßnahme der Entente mit den Angriffen auf Riga zusammen.

Die Beteiligung der Abteilung Bischoff an den Kämpfen um Riga.

Es scheint, wie von unternichteter Seite erklärt wird, festzustellen, daß die „westrussische Armee“, die im Kampf mit den Letten steht, das Wasser der Düna erreicht hat und sich auch bereits mit den Westtruppen von Riga in Kämpfe verwickelt hat. Bei dieser Fronte befindet sich wahrscheinlich auch die Abteilung des Majors Bischoff, die aber nicht mehr dem Haupt-

Amsterdam, 10. Oktober. (W. Z. B.)
Das Pressebüro Radio meldet aus Kopen: Ein allgemeiner Streik wird in der Lage der Arbeiter in Kopen jetzt wieder häufig als ein Beginn des Sommers. Demnach hätte der Plan der Bolschewisten, den Hauptteil ihrer Streitkräfte gegen Kolltschak zu konzentrieren, um ihn zu vernichten, bevor Denikin Moskau von Süden her ernstlich bedrohen konnte, zu einem beträchtlichen Erfolge geführt. Da die hiesigen Truppen gewonnen worden waren, von der Wölge 700 Meilen bis dicht vor Demsk zurückgingen. Jetzt scheint es aber, daß es Kolltschak gelungen ist, seine Truppe bereitzustellen, die in einer erfolgreichen Offensive steht, während Denikin ebenfalls vorrückt. Die Bolschewisten stehen jetzt einer doppelten Offensive gegenüber und haben große Schwierigkeiten, Leute und Transportmittel zu finden.
Der russische Oberst Wjesselski, Kommandeur des zweiten russischen Kavalleriebrigades, hat durch Wjesselski in Schulen die von seinen Truppen besetzten Gebiete Litauens als russisches Gebiet erklärt.
Die litauischen Truppen in Schulen wurden durch Russen entworfen, nachdem der litauische Kommandant und der Bürgermeister am Tage zuvor Schulen verlassen hatten.
Zwei russische Truppen des nach in Schulen liegenden Freikorps von Wjesselski sind an diesem Vorfall unbeteiligt.